

Tarifverträge
Regierung
genehmigt neue
Vereinbarungen

VADUZ Die Regierung hat in ihrer Sitzung vom 23. Juni zwei neue Tarifverträge des Liechtensteinischen Krankenkassenverbandes (LKV) mit der Lungenliga St. Gallen-Appenzell genehmigt. Wie das Ministerium für Gesellschaft am Dienstag weiter mitteilte, bietet die Lungenliga St. Gallen-Appenzell schon seit Langem Unterstützung und Beratung für Patientinnen und Patienten mit Atemhilfegeräten in Liechtenstein: «Die Lungenliga nimmt aufgrund einer ärztlichen Verordnung Kontakt zur Patientin oder zum Patienten mit Atemwegserkrankungen auf. Eine Fachperson der Lungenliga erläutert die erforderliche Behandlung und die Anwendung der Therapiegeräte. Sie überprüft periodisch den Therapieerfolg und die Geräte», wie es dazu in der Medienmitteilung weiter heisst. Die gerätebezogenen Kosten werden von der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP) getragen. Die Beratungs- und Unterstützungsleistungen der Lungenliga seien aufgrund einer Vereinbarung aus dem Jahr 1990 bislang direkt vom Land Liechtenstein abgegolten worden. Gemäss den beiden neuen Vereinbarungen mit dem LKV über die Abgabe von Atemhilfegeräten und über die Beratungsleistungen der Lungenliga werden nun sämtliche Kosten in dem Zusammenhang über die Krankenversicherung abgerechnet. Die Abgeltung orientiert sich den Angaben zufolge an den in der Schweiz bzw. im Kanton St. Gallen geltenden Tarifen. «An den bewährten Leistungen der Lungenliga für die betroffenen Patientinnen und Patienten ändert sich durch die neuen Vereinbarungen nichts», teilte das Ministerium für Gesellschaft abschliessend mit. (red/ikr)

Arbeitsunfall
Mann bei Sturz
von Leiter verletzt

PLANKEN In Planken ereignete sich am Dienstag ein Arbeitsunfall. Dabei verletzte sich ein Mann am Bein und musste mit dem Rettungsdienst ins Krankenhaus gebracht werden. Wie die Landespolizei weiter mitteilte, be-



Der Verunfallte wollte Arbeiten an einem Dach vornehmen. (Foto: LPFL)

stieg ein Mann um etwa 8 Uhr eine Leiter, um Arbeiten auf einem Dach vorzunehmen. Als er auf einer Höhe von circa drei Meter gewesen sei, rutschte die Leiter nach hinten weg und der Mann stürzte zu Boden. Der genaue Unfallhergang wird noch durch die Landespolizei abgeklärt. (red/lpfl)

ANZEIGE

ePaper.volkblatt.li



Egal wann,
egal wo,
immer dabei!

«Ein bauernschlauer Vorschlag des Herrn Gesellschaftsministers»

Nachgefragt Die ersten Reaktionen zum Regierungsvorschlag zur Sicherung der AHV sind zumeist positiv. Nun blickt die Politik mit Interesse auf die Vernehmlassung.

VON HANNES MATT

Vergangene Woche hat Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini seinen Vorschlag zur langfristigen Sicherung der AHV präsentiert. Die Regierung will den Beitragssatz um 0,6 Prozent zu erhöhen und eine Einmaleinlage von 100 Millionen Franken tätigen, damit die AHV-Reserven über einen Zeitraum von zwei Jahrzehnten nicht auf unter fünf Jahresausgaben sinken. Als Ausgleich sollen die FAK-Beiträge gesenkt werden. Somit ist es auch nicht nötig, den alle Jahre vom Land geleisteten AHV-Beitrag (heute: 30 Millionen Franken) zu erhöhen. Eine solche weitere regelmässige Belastung des Staatshaushalts ohne Gegenfinanzierung wollte die FBP-Fraktion unbedingt vermeiden. Deshalb haben die «schwarzen» Abgeordneten vorab einen dreiteiligen Lösungsvorschlag zur AHV-Sicherung eingebracht. Kurz zusammengefasst: In einem ersten Schritt sollten dabei die Finanzzuweisungen des Staates an die besonders finanzstarken Gemeinden gekürzt werden. Mit den so generierten Mitteln hätte der Staat in einem zweiten Schritt dann die Krankenkassenprämien für alle Liechtensteiner deutlich reduzieren können, was in einem dritten Schritt dann eine stärkere Anhebung der Beitragssätze zu Gunsten der AHV erlaubt hätte, ohne die Liechtensteiner Beitragszahler unter dem Strich zu belasten. Ein Grossteil der Liechtensteiner wären mit diesem Vorschlag unter dem Strich sogar deutlich entlastet worden, war sich die FBP-Fraktion sicher. «Dieser Vorschlag wurde im Land-



«Der Vorschlag scheint insgesamt pragmatisch und vernünftig.»

ELFRIED HASLER
FBP-ABGEORDNETER

AHV-Sicherung: Höhere Beiträge und 100-Millionen-Einlage sollens richten

Vorschlag Zur langfristigen Sicherung der AHV schlägt die Regierung vor, den Beitragssatz um 0,6 Prozent zu erhöhen und eine Einmaleinlage von 100 Millionen Franken zu tätigen. Als Ausgleich sollen die FAK-Beiträge gesenkt werden.

VON HANNES MATT

Bei den AHV-Reserven geht es «abwärts wie ein Kutschwanz», wie Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini die Situation jüngst beschrieb. So hat die alle fünf Jahre vorgeschriebene versicherungstechnische Prüfung des Vermögens der AHV im letzten Jahr festgestellt, dass deren Reserven über einen Zeitraum von zwei Jahrzehnten auf unter fünf Jahresausgaben sinken werden. Ein Sanierungsfall ist die AHV damit natürlich noch nicht; es besteht aber Handlungsbedarf. Schon im Vorhin-



Nun liegt er auf dem Tisch, der Vorschlag von Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini zur Sicherung der AHV. (Foto: ikr/nz)

Die Regierung schickte den Vorschlag von Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini zur Sicherung der AHV vergangene Woche in Vernehmlassung. (Faksimile VB)

tag von den anderen Parteien aber leider mit schwer nachvollziehbaren Argumenten abgelehnt», bedauert der FBP-Abgeordnete Elfried Hasler. «Es durfte wohl nicht gut sein, was nicht aus der eigenen Küche kam.» Die VU und die Freie Liste (FL) habe dabei bemerkenswerterweise gestört, dass im Rahmen dieses Gesamtpaketes nur die Liechtensteiner und nicht auch die Grenzgänger von den tieferen Krankenkassenprämien in Liechtenstein profitiert hätten. Nichtsdestotrotz: Den nun vorgelegten Vernehmlassungsvorschlag hält Elfried Hasler insgesamt für pragmatisch und vernünftig. «Die AHV wird gestärkt, die Mehrbelastung für Arbeitnehmer und Arbeitgeber ist vertretbar, der Staatshaushalt wird nicht wiederkehrend und auf unbestimmte Zeit belastet», fasst der FBP-Abgeordnete nochmals zusammen. «Durch einmalige hohe ausserordentliche Steuereinnahmen im 2020 ist der einmalige Zusatzbeitrag des Staates leicht finanzierbar. Nicht zuletzt kann damit derzeit auch auf eine weitere Erhöhung des Rentenalters verzichtet werden.»

Diesen Punkt nimmt auch Christoph Wenaweser auf. «Was der Herr Gesellschaftsminister hier in die Vernehmlassung schickt, ist im wohlmeinenden Sinn ein bauernschlauer Vorschlag», sagt der VU-Abgeordnete. «Den Staatsbeitrag von 100 Millionen als Einmaleinlage in die AHV abzuschöpfen, tut der Landesrechnung 2020 trotz heuer schon anfallenden, coronabedingten Sonderkosten nicht weh.» Ab 2024 - weit weg von heute - würden die Arbeitnehmenden moderat zur Kasse gebeten, müssten dafür aber in den nächsten Jahren keine Erhöhung des Rentenalters fürchten. «Auch für die Arbeitgeber wird es ab 2024 netto nicht teurer als für die Arbeitnehmer, weil sie entsprechend weniger in die Familienausgleichskasse einzahlen, ohne deren heute schon komplett überdotierten Fonds auch nur ansatzweise zu schleissen», fasst Wenaweser zusammen. «Eingedenk der bevorstehenden Landtagswahlen könnte sich hier ein mehrheitsfähiger politischer Kompromiss abzeichnen, der die gesetzlich geforderte Wirkung womöglich sehr schmerz-

arm erzielt.» Doch könne der Vorschlag der Regierung auch zum «Markten» einladen, warnt Wenaweser. Deshalb will er erst einmal abwarten, wie sich insbesondere die Sozialpartner im Rahmen der Vernehmlassung äussern.

Wie reagiert die AHV?

Eine Stellungnahme der AHV liegt derzeit noch nicht vor. Vorab möchte sich Direktor Walter Kaufmann noch nicht zum Vorschlag äussern. Auf die Rückmeldungen ist auch FL-Fraktionsprecher Georg Kaufmann, gespannt - insbesondere auf den folgenden Bericht und Antrag der Regierung zu Händen des Landtages. «Ich finde es aber richtig, dass wir uns frühzeitig mit der langfristigen finanziellen Sicherung der AHV beschäftigen, einer Problematik, welche in frühestens 15 Jahren akut wird», sagt Kaufmann. «Umso dringender wäre es demnach, dass wir uns bei den Krankenkassen-Prämien, welche viele Bürger/-innen heute schon sehr belasten, ebenso ins Zeug legen und endlich - anstatt unserer unsozialen Kopfpfämien - eine erwerbsabhängige Lösung, wie sie bei Sozialversicherungen Usus ist, in die Wege leiten würden.»



«Bestechend ist die gnadenlose Ehrlichkeit und Einfachheit des Vorschlags.»

JÜRGEN BECK
DU-ABGEORDNETER

Für Jürgen Beck von den Unabhängigen indes ist der Regierungsvorschlag zwar auf den ersten Blick nicht gerade berauschend - bei weiterer Betrachtung sei er aber durchaus prüfenswert. «Bestechend ist die gnadenlose Ehrlichkeit und Einfachheit des Vorschlags», so Beck - dies auch mit Blick auf eine durch die weltweite Coronakrise ausgelöste Arbeitslosenwelle, wodurch die Einlagen in die AHV massiv weniger werden könnten. «Also müssen wir jetzt handeln, solange es die finanzielle gute Situation des Landes erlaubt», so Beck. «Mit der Einmalzahlung würden wir die Lage in den kommenden Jahren massiv entspannen und uns ellenlange, nichtssagende politische Debatten ersparen.»

Österreich rät von nicht notwendigen Reisen nach Liechtenstein ab

Bewertung Seit zwei Monaten wurde in Liechtenstein keine Neuinfektion mit dem Coronavirus verzeichnet. In Österreich gilt das Fürstentum wie die meisten Länder weltweit dennoch als Hochrisikogebiet, von Reisen wird abgeraten.

VON DANIELA FRITZ

Wer dieser Tage Ferien im Ausland machen will, wird bei der Planung auf Nummer sicher gehen. Nützliche Anlaufstellen zur Orientierung, ob das Reiseziel sicher ist und was beachtet werden muss, bieten für gewöhnlich die jeweiligen Aussenministerien. Diese veröffentlichen regelmässig Informationen und gegebenenfalls Reisewarnungen zu den einzelnen Staaten. Liechtenstein Regierung appelliert bezüglich Auslandsreisen an die Eigenverantwortung der Bürger, Situationen mit erhöhtem Ansteckungsrisiko zu vermeiden, wie das Aussenministerium am Sonntag mitteilte. Von nicht notwendigen Reisen ausserhalb von EU- und EFTA-Staaten wird abgeraten. Liechtensteiner können sich zudem an den Empfehlungen des Eidgenössischen Depar-

tements für Auswärtige Angelegenheiten (EDA) orientieren.

Österreich sieht weltweites Risiko

Für Österreich hingegen scheint - trotz der Grenzöffnungen - nur das Inland so richtig sicher zu sein: Das österreichische Aussenministerium hat in Bezug auf die Ausbreitung von COVID-19 für 23 Staaten eine Reise-warnung ausgesprochen - darunter etwa Schweden, das Vereinigte Königreich oder die USA. Für alle anderen Länder weltweit gilt zumindest noch ein hohes Sicherheitsrisiko (Sicherheitsstufe 4), wie es auf deren Website heisst. Weiter differenziert wird zwischen den einzelnen Staaten nicht. Für Liechtenstein gilt also ebenfalls Sicherheitsstufe 4 - obwohl das Infektionsgeschehen hierzulande seit zwei Monaten komplett zum Erliegen gekommen ist. In Österreich selbst werden dagegen täg-



Über 8000 Grenzgänger fahren zur Arbeit nach Liechtenstein. Vor «nicht unbedingt notwendigen Reisen» ins Fürstentum wie auch in den meisten anderen Ländern rät das österreichische Aussenministerium aber ab. Auch wenn es seit Wochen keine Neuinfektionen gab. (Foto: Paul Trummer)

lich immer noch vereinzelt Neuinfektionen verzeichnet werden, wenn auch auf sehr tiefem Niveau. Trotzdem rät das österreichische Aussenministerium «von nicht unbedingt notwendigen Reisen» ins Fürstentum ab. «Mit anhaltenden Einschränkungen im Reiseverkehr sowie weitgehenden Einschränkungen im öffentlichen Leben ist bis auf Weiteres zu rechnen», heisst es weiter.

Deutschland sieht es lockerer

In Deutschland sieht man dies weniger streng. Innerhalb des EU- und

des Schengenraums spricht das Auswärtige Amt nur für Skandinavien Reise-warnungen aus und begründet dies mit Einreisebeschränkungen und dem Infektionsgeschehen. Gegen eine Reise nach Liechtenstein spricht für Deutschland jedenfalls nichts: «Das Fürstentum Liechtenstein ist von COVID-19 weniger betroffen», wie das Auswärtige Amt auf seiner Homepage richtig feststellt. Gut für Liechtensteins Tourismus, immerhin machen deutsche Urlauber nach den Schweizern mit die meisten Nächtigungen aus.